



„Ein Waterloo der Bildungsreform“

Androsch: Verländerung der Lehrer wäre nur Machtpolitik ohne Kostenersparnis

Lisa Nimmervoll

Wien – Was dem einen ein „Durchbruch“, wäre dem anderen ein „Einbruch“, und zwar in die tiefsten Niederungen, zu der Bildungspolitik in der Lage ist. Der burgenländische Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ) griff am Montag wie schon tags zuvor sein ÖVP-Amtskollege aus Niederösterreich, Erwin Pröll, zum Wort „Durchbruch“, um seiner Hoffnung auf eine baldige „Verländerung“ aller Lehrerinnen und Lehrer Ausdruck zu verleihen.

Wohingegen Hannes Androsch, für die SPÖ in früheren Zeiten einmal Vizekanzler, 2011 dann Initiator des Bildungsvolksbegehrens, das auch seine eigene Partei herausforderte, eben diese verwaltungstechnische Verschiebung der Lehrer unter die Fittiche der Länder „Waterloo der Bildungsreform“ nennt.



Hannes Androsch hält Verländerung für Affront.

Foto: Matthias Cremer

mitmacht, erklärt sich der sozialdemokratische Industrielle so: „Die SPÖ will sich so Pröll erkaufen, damit sie weiter mitregieren darf. Entsetzlich, dass sie sich dem für den Ämtererhalt beugt.“

Während für Androsch das ganze Verländerungsthema also „retrograd mit Volldampf in den Bildungsorkus“ führt, hofft Niessl, „dass alle Lehrer in die Kompetenz der Länder übersiedeln“ und die Lehrerverwaltung ausschließlich von den Ländern in den Bildungsdirektionen gemacht werde: „Jetzt gibt es Signale von der Unterrichtsministerin, dass mehr Schulautonomie wünschenswert ist“ – und das sei „genau im Sinne der Landeshauptleute“.

Das meint auch Androsch fast so: „In Wirklichkeit geht es nur um die personalpolitische Machtpolitik der Landeshauptleute zum Schaden der Schulen.“ In diesem Punkt treffen sich Niessl und Androsch also – wenngleich aus unterschiedlichen Richtungen und mit unterschiedlichem Tenor.

„Wir werden mobilmachen und uns dagegen wehren, das lassen wir uns nicht gefallen“, kündigt Androsch im STANDARD-Gespräch an: „Durch diese angedrohte Verländerung der Lehrer würden ja weiterhin alle Parallelstrukturen zwischen Bund und Ländern bestehen bleiben. Vielmehr wird die Doppelverwaltung noch ausgebaut werden. Denn im Bundesbereich würde ja nichts wegfallen. Es würde also überhaupt keine Geldersparnis bringen.“

Sollte die Regierung diesen Plan realisieren, wäre das „ein Affront gegen die 383.820 Unterzeichner des Bildungsvolksbegehrens“, kritisiert Androsch. Dass „seine“ Partei, die SPÖ – obwohl Bundeskanzler Werner Faymann und Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek sich mehrfach gegen eine Verländerung der Lehrer ausgesprochen haben – dabei